

Schriftliche Anfrage betreffend Ausbau des ambulanten und stationären Angebots für psychisch leidende Kinder und Jugendliche im Kanton Basel-Stadt

22.5164.01

In einer im Dezember 2016 veröffentlichten Studie im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit zur Versorgungssituation psychisch erkrankter Personen in der Schweiz wird festgehalten: «Die Ergebnisse der Studie verweisen auf eine deutliche Unter- und Fehlversorgung in der psychiatrisch-psychotherapeutischen Gesundheitsversorgung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen».¹

In den letzten Monaten berichteten Medien wiederholt über die Zunahme von psychischen Problemen und Suizidalität bei Jugendlichen sowie über fehlende Therapiemöglichkeiten. Anhaltspunkte gibt eine Umfrage, die im Frühling 2021 von der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie (JKPP) der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich durchgeführt wurde. 454 Psychiaterinnen und Psychologinnen aus der ganzen Schweiz nahmen teil (Basler Zeitung, 31. Januar 2022). Die Befragten arbeiten in Kliniken mit stationärem Angebot, in Ambulatorien oder freien Praxen. Bereits vor Corona schätzten 38 Prozent der Befragten das vorhandene Behandlungsangebot als viel zu gering ein. In der Pandemie stieg diese Quote auf 78 Prozent an. Viele Befragten gaben an, dass sie Kinder und Jugendliche abweisen müssen, die eigentlich in die Behandlung gehörten.

Gemäss Umfrage können Notfälle wie akute Suizidgefährdung und stationär notwendige Behandlungen zwar meist rasch behandelt werden. Doch alle anderen Patienten müssen noch viel länger warten als bisher. Das bedeute auch, dass Kinder mit weniger akut lebensbedrohlichen Störungen sich vielleicht im Verlauf zu Notfällen entwickeln, weil sie nicht rechtzeitig stationär aufgenommen werden könnten. Laut KJPP-Direktorin Susanne Walitza zeige die Forschung, dass es den Patienten auch fünf Jahre später besser gehe, wenn man zu Beginn der Erkrankung möglichst rasch interveniere.

Im Blick auf die psychiatrische und psychologische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ergeben sich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie hat sich in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in den letzten Jahren die Nachfrage im ambulanten Bereich entwickelt, auch in Ambulatorien und freien Praxen?
2. Wie hat sich die Nachfrage in den (teil)stationären Angeboten der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel entwickelt? (Kinderpsychiatrische Abteilung, Jugendpsychiatrische Abteilung, Diagnostisch-Therapeutische Tagesklinik, Kinder- und Jugendpsychosomatische Station)
3. In welchen Bereichen braucht es einen Ausbau der ambulanten und/oder stationären Versorgung?
4. In welchem Zeitraum kann die Umsetzung des Ausbaus realisiert werden?
5. Auf welche Art und Weise setzt der Regierungsrat – etwa in Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendtreffs und Vereinen - eine verstärkte Kommunikation von niederschweligen Beratungsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten wie die Telefonhilfe 147 von Pro Juventute bzw. 147.ch um?

¹ <https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/psychische-gesundheit/politische-auftraege/versorgungssituation-psychisch-erkrankter-personen.pdf.download.pdf/versorgungssituation-psychisch-erkrankter-personen-in-der-schweiz-2016.pdf> (21.3.22)

Thomas Widmer-Huber